

# Brandenburg hat gewählt

## Ergebnisse und erste Einschätzungen zur Landtagswahl am 1. September 2019

Stephan Raabe, 2. September 2019

### Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Brandenburg 2019, 2014, 2009 (88 Sitze)

	2019 (WB 61,3 %)	2014 (WB 47,9 %)	2009 (WB 67 %)
<b>SPD</b>	26,2 (- 5,7) – 25 Sitze	31,9 (- 1,1)	33,0 (+ 1,1)
<b>CDU</b>	15,6 (- 7,4) – 15 Sitze	23,0 (+ 3,2)	19,8 (+ 0,4)
<b>Die Linke</b>	10,7 (- 7,9) – 10 Sitze	18,6 (- 8,6)	27,2 (- 0,8)
<b>AfD</b>	23,5 (+ 11,3)–23 Sitze	12,2 (+ 12,2)	-----
<b>Grüne</b>	10,8 (+ 4,6) – 10 Sitze	6,2 (+ 0,5)	5,7 (+ 2,1)
<b>BVB/FW</b>	5,0 (+ 2,3) – 5 Sitze	2,7 (+ 1,0)	1,7 (+ 1,7)
<b>FDP</b>	4,1 (+ 2,6)	1,5 (- 5,7)	7,2 (+ 3,9)
<b>Sonstige</b>	4,1	4,1 (- 1,4)	5,5 (- 8,3)

### Direktmandate in den 44 Wahlkreisen 2019, 2014, 2009

	2019	2014	2009
<b>SPD</b>	25	29	19
<b>CDU</b>	2	10	4
<b>Die Linke</b>	0	4	21
<b>AfD</b>	15	0	--
<b>Grüne</b>	1	0	0
<b>BVB/FW</b>	1	1	--

Durch die Landtagswahlen sind die **parteipolitischen Kräfteverhältnisse** in Brandenburg drastisch verschoben worden. SPD, Linke und CDU, die in den vergangenen 29 Jahren regierten, haben jeweils mit Abstand das schlechteste Wahlergebnis bei Landtagswahlen seit 1990 eingefahren. Die seit zehn Jahren regierende Koalition von SPD und Linken verliert die Mehrheit und kommt nur noch auf rund 38 Prozent. Die AfD kann dagegen ihr Wahlergebnis von 2014 fast verdoppeln, wird zweitstärkste Kraft hinter der SPD und beansprucht, die „größte bürgerlich-konservative Opposition“ zu sein.

Die **SPD**, seit 1990 die dominierende Brandenburg-Partei, verliert zwar 5,7 Prozent, kann sich aber überraschend mit 26,2 Prozent als stärkste Partei behaupten. In den Umfragen hatte sie zuletzt nur knapp über 20 Prozent gelegen. Sie schneidet mit 30 bzw. 43 Prozent am besten bei den über 60jährigen und über 70jährigen ab. Die **Linke**, die noch vor 10 bis 15 Jahre als Opposition den Unzufriedenen im Land eine Alternative geboten und damals bei 27/28 Prozent gelegen hatte, verliert als kleinerer Regierungspartner mit 7,9 Prozent erheblich und kommt nur noch auf 10,7 Prozent.

Die **CDU** als stärkste Oppositionspartei, die die SPD als führende Kraft eigentlich ablösen wollte, kann von der Schwäche der Regierungsparteien überhaupt nicht profitieren. Im Gegenteil: sie verliert mit 7,4 Prozent sogar mehr als die SPD und wird mit 15,6 Prozent abgeschlagen nur drittstärkste Kraft hinter der SPD und **AfD**. Diese kommt auf 23,5 Prozent (+ 11,3 %) und wird damit führende Oppositionspartei. Sie hat mit 28–31 Prozent die höchsten Zustimmungsraten und Zuwächse bei den Altersgruppen von 25 bis 59 Jahren, die mitten im Leben stehen. Die CDU verlor dagegen mit 10 bis 13 Prozent überdurchschnittlich bei den Wählern bis 44 Jahre. Die Hochburgen der AfD liegen im Südosten des Landes in der Niederlausitz, wo sie verschiedentlich über 30 Prozent kommt. Die CDU kommt nirgendwo mehr über 20 Prozent, am relativ stärksten ist sie noch im Norden, Westen und Süd-Westen des Landes.

Die **Grünen**, vor 10 Jahren nicht einmal im Parlament vertreten und seitdem mit 5-6 Prozent eine Randerscheinung, profitieren von der Schwäche der linken Konkurrenten und der medialen Präsenz des Themas Klimapolitik. Sie kommen auf 10,8 Prozent (+ 4,6 %), lagen allerdings in Umfragen zwischenzeitlich sogar bei 16-17 Prozent. In Brandenburg ist das ihr bislang bestes Ergebnis. Zudem gelingt es ihnen, mit Marie Schäffer im Wahlkreis Potsdam I zum ersten Mal in Brandenburg sehr knapp **ein Direktmandat** zu gewinnen, und das gegen Klara Geywitz, die frühere SPD-Generalsekretärin, die sich gerade um den Bundesvorsitz ihrer Partei bewirbt. Die Grünen erhielten mit 26 Prozent (+ 13 %) am meisten Zuspruch von den Jungwählern von 16 bis 24 Jahren.

Die Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen/**Freie Wähler** (BVB/FW) gewinnen 5,0 Prozent (+ 2,3 %) und erringen durch ihren Spitzenkandidaten Péter Vida **ein Direktmandat** im Wahlkreis Barnim II (Bernau), der sich dort gegen die Landtagspräsidentin Britta Stark (SPD) und den Fraktionsvorsitzenden und früheren Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (Die Linke) durchsetzt. Für beide bedeutet dies das Aus als Landtagsabgeordnete, weil bei der SPD wegen der vielen Direktmandate die Landesliste nicht zieht und Christophers über die Liste nicht abgesichert war. Für manche war das Votum für die Freien Wähler ein Mittel, um eine Rot-Rot-Grüne-Koalition zu verhindern. Die **FDP** verpasst mit 4,4 Prozent (+ 2,9 %) erneut den Einzug in den Landtag. Aus der außerparlamentarischen Opposition her kommend fehlten ihr sowohl durchschlagkräftige Themen wie auch Kandidaten.

Der Wahlausgang war insofern eine **Überraschung**, weil die Ergebnisse doch erheblich von den Vorwahlumfragen abweichen, bei denen SPD und AfD (21/22 %) sowie CDU, Linke und Grüne (18-14 %) eng beieinander lagen. Jetzt schnitt die SPD 4-5 Prozent besser ab, Linke und Grüne erhielten mehr als 3 Prozent weniger, CDU und AfD lagen zwar innerhalb der Fehlertoleranz von bis zu 3 Prozent, aber die CDU am unteren Rand und die AfD am oberen Rand. Das deutet darauf hin, dass sich etliche Wähler erst kurz vor der Wahl zugunsten der SPD, die nach Umfragen ungefähr gleichauf mit der AfD lag, und gegen Linke, Grüne und CDU entschieden haben, um zu verhindern, dass die AfD stärkste Kraft im Landtag wird.

Die **Wahlbeteiligung** stieg um 13,4 auf 61,3 Prozent, was 278.229 Stimmen ausmacht. Davon profitierten insbesondere AfD und Grüne. Mit rund 115.000 Stimmen konnte die AfD am weitaus meisten im Lager der bisherigen **Nichtwähler** mobilisieren, bei der SPD waren es hier 65.000 Stimmen, bei der CDU nur 43.000 und bei den Grünen 22.000. Erstaunlich ist, dass von den rund 100.000 **Neuwählern** ab 16 Jahren 49.000 nicht wählen gingen und 10.000 Kleinparteien

wählten, die nicht ins Parlament kamen. Die Grünen gewannen ca. 15.000 Neuwähler, die AfD 8.000, doppelt so viele wie die CDU.

### **Direktmandate/Erststimmen**

Die **SPD** gewinnt 25 Direktmandate (- 4), so dass die Landesliste bei 25 Mandaten nicht zieht. Demzufolge scheiden bekannte Abgeordnete wie die Landtagspräsidentin Britta Stark, die Kulturministerin Martina Münch und die Potsdamerin Klara Geywitz aus. Sieben Wahlkreise im Osten des Landes gehen von der SPD an die **AfD**; einer, Potsdam I, an die Grünen. Während die SPD die Wahlkreise im Westen des Landes holt, aber auch acht Wahlkreise im Osten, gehen die übrigen 15 östlichen Wahlkreise vom Norden bis zum Süden an die AfD. Deren Kandidaten liegen in 37 von 44 Wahlkreisen vor denen der CDU, was auch ein Indiz dafür ist, dass die Partei mit ihrem Personal in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Zehn der künftigen AfD-Abgeordneten waren nicht durch vordere Listenplätze abgesichert, nur acht – darunter Spitzenkandidat Kalbitz – ziehen über die Liste ein.

Die **CDU** verliert acht Wahlkreise, davon sieben an die AfD, einen an die SPD, und kann nur zwei halten: Havelland II im Westen mit Barbara Richstein und Oberspreewald-Lausitz I im Süden mit dem Spitzenkandidaten Ingo Senfleben. Der ehemals schwarze Süden ist jetzt blau. Die Fraktion wird von 21 auf 15 Sitze reduziert mit elf Männern und vier Frauen: acht Abgeordnete scheiden aus, darunter der bisherige Vizeparlamentspräsident Dieter Dombrowski, der keine Platz auf der Landesliste bekam, und der bisherige Sprecher für Wirtschaftspolitik Dierk Homeyer, der nicht mehr antrat. Zwei kommen über die Landesliste neu hinzu, André Schaller, bisher Bürgermeister von Rüdersdorf, und Julian Brüning, der Vorsitzende der Jungen Union.

**Die Linke** verliert ihre vier Wahlkreise, drei an die SPD und einen, Frankfurt/O., an die AfD. Die Wahlkreiskarte ist demnach nahezu zweifarbig: im Westen und Nordwesten ist sie rot mit einem schwarzen und einem kleinen grünen Flecken, im Osten und Süden ist sie blau (AfD) mit einigen roten Einsprengseln und einem schwarzen sowie einem orangenen Flecken für die Freien Wähler.

### **Was sind die Gründe für diesen Wahlausgang?**

**SPD und Linke** schienen vielen Wählern offenbar nach zehn Jahren Regierungszeit eher verbraucht. Für ein „Weiter-So“ wie bisher votierten nur noch etwas mehr als ein Drittel der Wähler. Dass der miserable Zustand der SPD auf Bundesebene bei der Wahl nicht hilfreich war, versteht sich. Die Pleite bei der Landkreisreform und Mängel beim Ausbau des digitalen Netzes, bei der Infrastruktur und im Bildungswesen kamen hinzu. Als Regierungspartei kann Die Linke zudem naturgemäß die Unzufriedenen immer weniger erreichen und verliert kontinuierlich als Regierungspartei. Boden gut machen konnte die SPD zum Ende des Wahlkampfes mit klarer Kante gegen die AfD und dem Motto: „Die oder Wir“ als stärkste Kraft. Zudem wirkten sich Geschlossenheit und der Amtsbonus des Ministerpräsidenten aus.

Die **CDU**, die mit einem eher liberalen Kurs vor allem auf die Ablösung der SPD als dem Hauptgegner setzte, kam mangels eigener Stärke in das Dilemma erklären zu müssen, wie sie denn ihre Politik am Ende ggf. mit Linken und Grünen umzusetzen gedenke. So entfaltete der propagierte **Politikwechsel**, der eine neue Dynamik für Brandenburg bringen sollte, nicht genügend

Anziehungskraft, bei nicht wenigen sogar zwiespältige Gefühle: ca. 4,8 Prozent (11.000) der vormaligen CDU-Wähler enthielten sich der Stimme, 8,8 Prozent (20.000) gingen zur SPD und 12,8 Prozent (29.000) zur AfD, 7,9 Prozent (18.000) verstarben vor der Wahl, 3,1 Prozent (7.000) wechselten zu den Grünen. Trotz einer erheblich höheren Wahlbeteiligung von plus 13,4 Prozent verliert die CDU gegenüber 2014 29.846 Stimmen und erhält nur mehr 196.989, während die **AfD 177.352 Stimmen hinzugewinnt** und von 120.077 auf 297.429 kommt, ein Drittel mehr als die CDU.

Die Wahlkampfstrategie der CDU ging also nicht auf, der Spitzenkandidat blieb relativ unbekannt und war in den eigenen Reihen nicht unumstritten. Justament zum Wahlkampfbeginn traten innerparteiliche Divergenzen bei der Listenaufstellung zu Tage. Mit ihren inhaltlichen Themen Bildung, Infrastruktur, Sicherheit und Klimapolitik kam die CDU kaum durch. Am Ende wurde sie im Zweikampf von SPD und AfD, der sie kaum etwas entgegenzusetzen hatte, marginalisiert. Der fehlende Rückenwind aus der Bundespolitik tat ein Übriges.

Galt jahrzehntelang in der Christdemokratie die Devise: „rechts von CDU und CSU dürfe es keine demokratisch legitimierte Partei geben“, so ist nun nüchtern festzustellen, dass es in Brandenburg links von der AfD als der zweitstärksten Kraft die CDU als kleinere Mitte-Rechts-Partei gibt. Während die Einen die Gründe dafür mehr in einem Rechtsruck bei einem Teil der Wähler sehen, wobei dann die Frage nach den Gründen für diesen „Ruck“ zu beantworten ist, führen andere eine „Links-Entwicklung“ der CDU als Ursache an, die das rechte Spektrum parteipolitisch freigeräumt habe. Wahrscheinlich wirken beide Tendenzen zusammen. Das führt dazu, dass die CDU viele Wähler im rechten Spektrum nicht mehr erreicht. Im Ergebnis kommt die Christdemokratie damit immer mehr in eine Lage, in der sich die Sozialdemokratie bereits seit der Entstehung der Grünen 1980 und nach der Wiedervereinigung in der Konkurrenz mit Bündnis 90/Die Grünen sowie der PDS/Die Linke befindet. Wohin das führen kann, lässt sich bei der SPD in unterschiedlichen Schattierungen beobachten. Beide Volksparteien verlieren jedenfalls an Integrationskraft. Die politische Landschaft wird dadurch vielfältiger, die Regierungsbildung schwieriger. Vor diesem Hintergrund muss sich die CDU entscheiden, ob sie auch den Wählern im rechten Spektrum noch ein Angebot machen will oder sich von vornherein als Partei der Mitte bescheiden will und das rechte Spektrum anderen überlässt.

Die AfD ist in Brandenburg spätestens seit den Europawahlen Ende Mai, wo sie mit 19,9 Prozent stärkste Kraft, und seit den Kommunalwahlen, wo sie mit 15,9 Prozent drittstärkste Partei wurde, mit ihren durchaus gutbürgerlichen Kandidaten in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Sie sammelt – ohne allzu große Anstrengung – diejenigen, die unzufrieden oder frustriert sind, sich benachteiligt und zurückgesetzt sehen, diejenigen also, die eine andere Politik wollen. Wer dem öffentlich dominierenden, von Parteien, Medien, Kultur und Kirchen mehrheitlich betriebenen Diskurs zu den Themen Migration, Multikulti, Gender, Klima, EU nicht folgen will, darin zu viel des Gleichen oder Ähnlichen erblickt, der bleibt entweder abseits oder wählt eben die AfD, obwohl oder gerade weil das in weiten Kreisen als politisch und sogar menschlich-moralisch „unanständig“ gilt. Die Abschreckungsstrategie durch ständige Apostrophierung der AfD als Partei von „Hass und Hetze“, des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus verfängt bei vielen offenbar nicht mehr. Selbst die nach wie vor unklare Abgrenzung der AfD zu den rechtsradikalen Bereichen hin ist für viele kein Wahlhindernis mehr. So kann sie sich mangels politischer Konkurrenz zur führenden Kraft im frei gewordenen rechten Spektrum aufschwingen.

Die Stimme für die AfD ist ein Ventil für das Nicht-Einverständnis, für den Wunsch nach Veränderung, aber eben nicht in links-grüner oder nur in gradueller christdemokratischer Manier, sondern eben in einer politisch „rechten“, „national-konservativen“ Weise. Je mehr man – wie die SPD in Brandenburg mit der Parole „EIN Brandenburg“ – dagegen an „Einheit“ appelliert, fördert man die politische Spaltung, die pauschal gegen „rechts“ vollzogen wird. Das macht die AfD stark, kann sie sich doch als einzige wirkliche Alternative und Opposition gerieren und ihrerseits die Polarisierung im Kampf gegen die „Altparteien“, das „Establishment“ betreiben. Wenn dann auch noch selbst radikale Kräfte, wie der AfD-Spitzenkandidat Andreas Kalbitz (46), es verstehen, mit zwei Gesichtern eben auch gemäßigt aufzutreten, steigert das die Wählbarkeit.

Ein antiautoritärer Affekt kommt hinzu: im Osten gibt es nach Jahrzehnten der Diktatur eine stärker verbreitete Sensibilität gegenüber einem „betreuten Denken“, sprich öffentlichen Vorgaben, was politisch als gut und was als schlecht zu gelten habe, sowie gegenüber der öffentlichen Ausgrenzung und Abkanzlung politisch Andersdenkender. Die oftmals leichthändige Abqualifizierung und Stigmatisierung der Nicht-Einverstandenen als „Rechtspopulisten“, „Faschisten“ oder als demokratisch-politisch Minderbemittelte, denen man Politik nur besser erklären und politische Moral erst noch beibringen müsse, steigert den antiautoritären Affekt und die Entfremdung. Das schlägt sich in Wahlergebnissen, wie dem in Brandenburg, nieder. Eine sachliche kritische Auseinandersetzung und ein Politikangebot auch für „Rechte“ oder „Konservative“ tun not, will man zumindest einen Teil der AfD-Wähler wieder erreichen. Denn so richtig es ist, dass man Wahlen in der Mitte gewinnt: man kann sie dort auch verlieren, wie das Beispiel Brandenburg zeigt.

Die Wahl in Brandenburg zeigt zudem, dass auch für die **Grünen** die Bäume nicht endlos in den politischen Himmel wachsen. Dazu mag ein Gerichtsbeschluss kurz vor der Wahl beigetragen haben, der den Braunkohleabbau in Jänschwalde nach Klagen von Umweltschützern zumindest vorübergehend stilllegt. So blieb die Partei im Süden im Braunkohlegebiet der Niederlausitz in fünf Wahlkreisen bemerkenswerterweise unter fünf Prozent.

### **Wie geht es weiter?**

Innerhalb der nächsten drei Monate muss laut Verfassung eine Landesregierung gebildet werden. Dafür kommen vor allem Koalitionen von „SPD, Grünen und Linken“ (45 von 88 Sitzen) oder aber von „SPD, CDU und Grünen“ (Kenia, 50 von 88 Sitzen) in Frage. Weniger wahrscheinlich ist das rechnerisch ebenfalls mögliche Zusammengehen von „SPD, CDU und Linken“ (50 Sitze) oder „SPD, CDU und Freien Wählern“ (45 Sitze).

Nach Umfragen sind 37 Prozent für die Rot-Grün-Dunkelrote-Verbindung und nur 26 Prozent für die Kenia-Koalition. Unter den Anhängern von SPD (63 %) und Grünen (75 %) ist die Präferenz eindeutig für Rot-Grün-Dunkelrot. Andererseits wird die Linke nach den abermaligen herben Verlusten überlegen, ob es für sie wirklich vorteilhaft ist, in der Regierung zu bleiben. Bisher hat man allerdings durchaus vertrauensvoll in der Regierung mit der SPD zusammengearbeitet. Alle genannten Parteien haben ihre Bereitschaft zu Verhandlungen bekundet. Gerade die CDU drängt es nach der Wahlniederlage und zehn Jahren in der Opposition in die Regierung, um endlich wieder mitgestalten und Profil gewinnen zu können. Da ist auch der Ausschluss einer Koalition unter Ministerpräsident Woidke vor der Wahl durch den CDU-Spitzenkandidaten Senftleben kein Hindernis. Aber erstmals werden die Brandenburger CDU-Mitglieder in einer Ab-

stimmung über die Koalition bestimmen, wenn es denn so weit kommt. Das hat Ingo Senftleben am Wahlabend noch einmal versprochen. Dass eine Regierungsbeteiligung aber auch zu weiteren Verlusten führen kann, zeigt nicht zuletzt das Beispiel der SPD in Sachsen, die nur noch auf 7,7 Prozent kommt.

### **Quellenangabe**

Wahlergebnisse: <https://www.wahlergebnisse.brandenburg.de/wahlen/LT2019/>

Wahlanalysedaten nach: Infratest dimap auf [www.rbb24.de](http://www.rbb24.de)

Wählerwanderung nach:

<https://www.tagesschau.de/inland/waehlerwanderung-brandenburg-gross-101.html#>